

Zur aktuellen Debatte über die Umsatzsteuer im Beherbergungsgewerbe

- 1** Bereits im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 hat die FDP den ermäßigten Steuersatz auf Dienstleistungen im Beherbergungsgewerbe gefordert. Hintergrund waren die sich abzeichnenden **Wettbewerbsnachteile** gegenüber den Mitbewerbern in der EU.
- 2** 22 von 27 EU-Staaten – darunter alle deutschen Anrainerstaaten (außer Dänemark) – wenden auf Beherbergungsumsätze lediglich den ermäßigten Umsatzsteuersatz bereits an. Die Forderung nach einer ermäßigten Umsatzsteuer für das Beherbergungsgewerbe haben sich in der Vergangenheit auch SPD, Grüne und Linke zueigen gemacht. Die Bundesregierung handelt und setzt ihr Versprechen auch um.
- 3** Durch die hausgemachte, steuerbedingte Wettbewerbsverzerrung waren zehn Prozent der 358.000 Arbeits- und 48.000 Ausbildungsplätze in der Branche gefährdet. Daneben wurden bisher wichtige **Investitionen** aufgeschoben oder verhindert. Konjunkturbedingte, teilweise dramatische Umsatzausfälle haben dieses Problem noch verschärft. Laut Branchenumfragen wollen die Betriebe die Entlastung zu 50 Prozent investieren und zu 25 Prozent für Lohnerhöhungen und Qualifizierung nutzen. Damit werden Handwerk und Mittelstand gestärkt und neue Steuereinnahmen generiert (siehe auch [SPIEGEL-Artikel vom 12. Januar 2010](#)).
- 4** Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 haben wir unsere **Forderung erneuert**: „Die Rahmenbedingungen im Tourismussektor müssen verbessert werden. Er ist eine der wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen in Deutschland. Die kleinen Familienbetriebe und mittelständische touristische Unternehmen müssen von der überbordenden Bürokratie entlastet werden. Für die heimischen Gastronomen und Hotellers haben die Wettbewerbsverzerrungen durch die Mehrwertsteuererhöhung in Verbindung mit der unterschiedlichen Anwendung der verringerten Mehrwertsteuersätze in Europa weiter zugenommen. Zur Herstellung von fairem Wettbewerb müssen auch in Deutschland reduzierte Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie eingeführt werden.“
- 5** Im Koalitionsvertrag erklären Union und FDP, dass eine **Kommission** zur Überprüfung der Mehrwertsteuer eingesetzt werden muss: „Daneben gibt es Handlungsbedarf bei den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen. Benachteiligungen gehören auf den Prüfstand. Aus diesem Grund wollen wir eine Kommission einsetzen, die sich mit der Systemumstellung bei der Umsatzsteuer sowie dem Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuersätze befasst. Dabei gilt es auch, die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche zu berücksichtigen. Deshalb wollen wir ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent ermäßigen.“